

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich bei 27 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung, die Verwaltung mit der Vorbereitung einer Klage der Stadt Koblenz gegen Schlüsselzuweisungsbescheide oder, soweit zulässig, direkt gegen den unzureichenden kommunalen Finanzausgleich durch das Land Rheinland-Pfalz zu beauftragen. Soweit möglich, ist ein Beitritt zu bzw. eine Verbindung mit derzeit anhängigen Verfahren anderer Kommunen aus Rheinland-Pfalz anzustreben. Hierzu soll die Verwaltung die entsprechenden Voraussetzungen von Verfahren vor der Verwaltungs- bzw. Verfassungsgerichtsbarkeit prüfen und dem Haupt- und Finanzausschuss im März 2017 vortragen.